

AUSSPRACHE

München und die Oder-Neiße-Linie

So erfreulich die entschieden-ablehnende Reaktion der deutschen öffentlichen Meinung auf *Seeboms* pfingstliche Kraftmeiereien war, so erstaunlich ist, daß man die Wortexzesse dieses Bundesministers erst jetzt zur Kenntnis zu nehmen und bereits vergessen zu haben scheint, daß er schon 1951 davon gesprochen hatte, daß unter welchem Zeichen immer Deutsche gekämpft hätten, es wohlgetan war. Man könnte natürlich diesen in Oberschlesien geborenen Hannoveraner, der auf tschechoslowakischem Boden, wenn überhaupt, nur als Ausländer gelebt hat, aber jetzt als Sprecher der Sudetendeutschen auftritt, mehr von der komischen Seite nehmen. Doch es handelt sich immerhin um einen Bundesminister, durch dessen der Politik der Bundesregierung wider-

sprechende Äußerungen außenpolitisches Porzellan zerschlagen wird, solange aus der Sache nicht die natürlichen Konsequenzen gezogen werden. Wer von der „Rückgabe“ der „geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete“ an das „sudetendeutsche Heimatvolk“ spricht und nachher verbreiten läßt, das habe mit territorialen Forderungen nichts zu tun, trägt bewußt zur Verwirrung der Begriffe bei, wo Klarheit und Eindeutigkeit im Interesse der deutschen Demokratie wichtig wären.

Seebohms Formel versucht den falschen Eindruck hervorzurufen, man hätte den Sudetendeutschen ein geographisch genau definiertes und nur oder vorwiegend von ihnen bewohntes Territorium genommen, das er in ihrem Namen zurückverlange. Tatsächlich hat es jedoch in den in München von Hitler erpresserisch eroberten Gebieten eine starke tschechische Minderheit gegeben, aber Deutsche hat man 1945 und später nicht nur von dort, sondern auch aus Prag und Pilsen, Brunn und Ostrau ausgesiedelt. Unter diesen Umständen hat es die kommunistische Propaganda nicht schwer, auch die nichtkommunistischen Tschechen zu überzeugen, daß ein aktiver Bundesminister die Wiederherstellung des Zustands als sein Ziel erstrebt, den Hitler nicht in München, sondern am 15. März 1939 verwirklicht hat. Dieser Eindruck muß durch das Bekenntnis des Redners zum angeblich noch rechtswirksamen Münchner Abkommen von 1938 als „Rechtsgrundlage“ verstärkt werden, während Erklärungsversuche, man habe ein föderiertes Europa im Sinne, in dem Grenzen bedeutungslos sind, nur dem Mißtrauen Nahrung geben können, daß gewisse Leute „Europa“ sagen, wenn es ihnen paßt, und deutsche Vorherrschaft meinen.

Die Entscheidung von München 1938 hat das Selbstbestimmungsrecht von Millionen Menschen vernichtet und damals die einzige politische Demokratie östlich des Rheins ausgelöscht. Sehen jene, die ihr nachrühmen, sie sei im Einklang mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung gewesen, nicht, daß sie die Forderung nach Selbstbestimmung für das deutsche Volk nur kompromittieren, falls sie München als eine Realität und ein nachahmenswertes Beispiel, als in die Praxis umgesetztes Selbstbestimmungsrecht ausgeben?

Der in der Bundesrepublik geführte Streit darum, ob das Münchner Abkommen noch gilt, und die Unlust, mit einem klaren und unmißverständlichen Wort davon abzurücken, hat etwas Makabres an sich. Die halsbrecherische Argumentation, daß die in München von Hitler erworbenen Gebiete „rechtlich“ noch Bestandteil des Deutschen Reiches sind und sich „nur“ in tschechoslowakischer Verwaltung befinden, geht kühn über die Tatsache hinweg, daß kein einziger Staat der Welt sie anerkennt oder auch nur zur Kenntnis nimmt. Jenseits aller völkerrechtlichen

Erwägungen wirft sie aber ein moralisches Problem auf, auf das die deutsche Emigration als Sachwalterin der deutschen Demokratie schon vor genau 25 Jahren, wenn auch unter ganz anderen äußeren Bedingungen und Erwartungen, die noch heute gültige Antwort gegeben hat. Es ist vielleicht nicht ganz wertlos, der Vergessenheit zu entreißen, was das Organ des SPD-Parteivorstandes *Neuer Vorwärts* in Paris am 16. Juli 1939 zu der Frage sagte:

„Das deutsche Volk . . . darf . . . keinen Zweifel darüber lassen, daß die volle Wiedergutmachung des der Tschechoslowakischen Republik geschehenen Unrechtes ein Teil seiner eigenen Ziele im Kampf um die Freiheit ist. Es darf dabei keine Vorbehalte und keine Zweifel geben. Die Wiederherstellung der Tschechoslowakei, so wie wir sie verstehen, bedeutet nicht die Wiederherstellung auf den Status nach München . . ., sondern die Aufhebung der Münchner Grenze und die Anerkennung der Grenze zwischen der Deutschen und der Tschechoslowakischen Republik, so wie sie vor Hitler bestanden hat, durch die deutsche Demokratie.“

Das Problem der deutschen Ost- oder polnischen Westgrenze gehört natürlich in eine ganz andere Kategorie und ist wesentlich komplizierter. Hier handelt es sich um Gebiete, die bis 1945 unbestreitbar und unbestritten Teil Deutschlands waren. Sind sie es aber rechtlich auch heute noch? *Herbert Marczians* Betrachtung „Wissenschaft und Oder-Neiße-Linie“ (Heft 6 dieser Zeitschrift) zerbricht sich über diese Frage gar nicht den Kopf, sondern spricht im Einklang mit anderen Autoren der gleichen Denkart von Deutschlands „Ostprovinzen jenseits von Oder und Neiße“ oder von dem „ostdeutschen Verwaltungsgebiet“, das jetzt die Polen administrieren. Er erwähnt die „beabsichtigte Annexion Ostdeutschlands durch Polen“, ohne zu sagen, ob das seiner Meinung nach ein 1945 mißglückter Versuch war oder eine Zukunftsabsicht ist. Seine Ausführungen mögen sachlicher und weniger agitatorisch zugespitzt sein als vieles andere, was wir zu dem Problem zu hören und zu lesen bekommen haben; aber sie gehen an den entscheidenden Punkten stillschweigend vorbei und verraten ein gefährliches Wunschdenken. Dazu sei doch einiges gesagt.

Wie immer man das Potsdamer Abkommen beurteilt, feststeht, daß die Vereinigten Staaten nicht einmal in der *Dulles-Ara* ihre Unterschrift unter dieses Dokument widerrufen haben; in Großbritannien stand das nie zur Diskussion. Was immer an — zeitbedingten — Unklarheiten in diesem Abkommen enthalten sein mögen, läßt sich doch nicht leugnen, daß es von „früheren deutschen Gebieten“ jenseits

von Oder und Neiße und von der „früheren Freien Stadt Danzig“ spricht. Aus naheliegenden Gründen vermeiden es die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die polnische Souveränität über diese Gebiete ausdrücklich anzuerkennen. Aber sie haben sie seit 1945 de facto anerkannt. Die Formel von Potsdam von der polnischen „Verwaltung“ dieser Gebiete, bzw. der sowjetischen im Falle von Königsberg, wurde nie wieder verwendet. Diese Tatsache deutschen Lesern vorzuenthalten, ist unaufrichtig. Sich den Anschein zu geben, als würden die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik sich die Wendung von „Deutschlands Ostprovinzen“ zu eigen machen, ist noch um einen Grad ärger. (Der Botschafter *Grewe* zitiert in seinem Buch „Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit“, S. 417/18, einen Artikel des Londoner *Observer*, in dem zweimal der Ausdruck „Mitteldeutschland“ und einmal „Mitteldeutsche“ vorkommen soll. Im Original finden sich aber diese in England unbekanntenen Bezeichnungen nicht.)

Marzian wendet sich gegen die These von der „Lebensnotwendigkeit“ der umstrittenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße für Polen. Ihre Berechtigung oder ihre Bedeutung sei in diesem Zusammenhang nicht untersucht. Aber es muß doch gesagt werden, daß für seinen Vergleich mit Hitlers Behauptungen, Osteuropa sei als „Lebensraum“ für das deutsche Volk notwendig, jedes tertium comparationis fehlt. Hitlers Theorie und Praxis hat nicht „nur deshalb keine Anerkennung gefunden, weil es ihm nicht gelang, die Früchte seiner Gewalttaten lange genug in der Hand zu behalten“, sondern vor allem deshalb nicht, weil die Bewohner der betreffenden Gebiete sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ablehnten. Die heutigen Bewohner der Gebiete jenseits von Oder und Neiße haben wahrscheinlich an dem Warschauer kommunistischen Regime viel auszusetzen. Daß sie aber die Tatsache bekämpfen, daß das Gebiet als integrierender Teil Polens behandelt wird, hat nie jemand behauptet. Nun mag man einwenden, daß das an dem Standpunkt jener Millionen vorbeigeht, die aus diesem Gebiet vertrieben worden waren. Selbst wenn sich ihre Reaktion voll mit der jener decken sollte, die in ihrem Namen sprechen, kann sie nicht mit dem Verhalten der von Hitler unterdrückten Völker in einem Atem genannt werden. Die sowjetische Politik mag 1945 darauf spekuliert haben, durch die Verjagung von Millionenmassen besitzloser Menschen einen Unruheherd in Deutschland zu schaffen, von dem der Kommunismus profitieren könnte. Diese Erwartung hat aber getrogen.

Marzians Hinweise darauf, was geschehen und worauf Polen verzichten könnte, falls in dem von ihm als polnisch anerkannten Staats-

gebiet durch Anwendung der modernen Anbaumethoden eine bedeutende Steigerung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Erträge erzielt würde, sind typische Zurechtlegerei auf geduldigem Papier. Er möge einmal versuchen, nicht einen Polen, aber irgendeinen Engländer, Franzosen oder Amerikaner mit diesem Argument dazu zu bringen, von seiner Regierung zu verlangen, die friedliche Rückgabe des umstrittenen Gebietes an ein wiedervereinigtes Deutschland zum Ziel ihrer Politik zu machen.

Das Bedenkliche an dieser Theorie, daß die Polen in ihrem Vorkriegsgebiet, vermindert um das jetzt sowjetische Territorium im Osten, ihr Auslangen finden können, ist nicht diese selbst, sondern die ihr offenkundig zugrundeliegende, aber unausgesprochene Absicht, die jetzigen Bewohner der Gebiete zwischen Oder und Neiße und der deutsch-polnischen Grenze vom 1. September 1939 wieder „ostwärts“ zu schicken. In dem umstrittenen Gebiet leben heute etwa 8 Millionen Menschen. Davon sind etwa drei Millionen seit 1945 in diesem Gebiet geboren worden; sie kennen keine andere Heimat. In wenigen Jahren wird es Kinder von Eltern geben, die in diesem Gebiet geboren wurden, und den Prozeß der „friedlichen Rückgewinnung“ des Territoriums für Deutschland, den Marzian wahrscheinlich im Sinne hat, kann er sich wohl selbst kaum als eine leicht und rasch zu erledigende Affäre vorstellen.

Hier sind wir bei dem entscheidenden Punkt angelangt. Soll Unrecht dadurch ausgetilgt werden, indem neues gesetzt wird? Sollen wieder unschuldige Menschen leiden? Wird eine neue Völkerwanderung in Aussicht genommen? Die deutsche Demokratie ist verpflichtet, auf diese Fragen eine eindeutige und klare Antwort zu geben. *Dr. J. W. Brügel*

Zum Europäischen Gespräch 1964

Am Ende des XIII. Europäischen Gesprächs in Recklinghausen stand das Wort vom Unbehagen. Es sprach davon der Diskussionsleiter in seiner Zusammenfassung der Podiumsdiskussion. Das anschließende „Gespräch mit dem Publikum“ war ein beredter Beweis für dieses Unbehagen, vor allem bei den „gewerkschaftlichen Praktikern“.

War man unzufrieden mit dem Ergebnis dieses Gesprächs? Oder besser mit dem nichtvorhandenen Ergebnis? Oder rührte das Unbehagen von dem Ergebnis, daß die Diskussionen und Referate dieser drei Tage sehr deutlich zeigten, daß im Grunde kein Ergebnis zu erzielen war?

Wer von der mit wissenschaftlichem Anspruch geführten Diskussion neue Perspektiven für die gewerkschaftliche Einkommenspolitik erwartet haben sollte, mußte in der Tat resignieren. Zog sich doch gleichsam als Leit-

AUSSPRACHE

motiv durch das XIII. Europäische Gespräch über „Einkommenspolitik in der modernen Wirtschaftsordnung“ die Einsicht, daß „heute einer verteilungswirksamen Nominallohnpolitik relativ enge Grenzen gesetzt sind“ (Referat Prof. Müller).

Dem liegt zugrunde, daß der gegebenen Wirtschaft systemimmanente Gesetzmäßigkeiten das Verhältnis zwischen Lohn- und Gewinneinkommen innerhalb einer relativ engen Bandbreite fixieren — eine der theoretischen Nationalökonomie nicht gerade neue Erkenntnis. Die Konsequenzen zwingen sich auf: Gewerkschaftliche Lohnpolitik im traditionellen Sinne kann die bestehende Verteilungsrelation nicht ändern; Lohnforderungen haben sich im Rahmen des allgemeinen Produktivitätsfortschrittes zu halten, sollen sie die Stabilität der Währung und mit ihr — infolge der Exportabhängigkeit unserer Wirtschaft — das Wachstum nicht gefährden. Die Zwangsläufigkeit, mit der sich diese Konsequenzen aufdrängen, ist fatal. Die Praktiker der Lohnpolitik in den Gewerkschaften stehen ihr ebenso hilflos gegenüber wie ihre Theoretiker; jüngst ausgehandelte Tarifverträge in verschiedenen Wirtschaftsbereichen beweisen es, gleichermaßen das Europäische Gespräch. Ihren Niederschlag finden diese Konsequenzen in dem Ruf nach einer „Versachlichung“ der Lohnpolitik auf dem Boden ökonomischer Realitäten. „Versachlichung“ im Arbeitskampf fordert die soziale Gegenseite, auf „Versachlichung“ drängt die Regierung. „Versachlichung“ honoriert die öffentliche Meinung mit ihrem Beifall und „Versachlichung“ der Lohnpolitik wird bereits zum Tenor innerhalb der Gewerkschaften selbst.

Dennoch stellt sich schließlich die Frage, ob, wodurch und wie weit der dem System innewohnende Zwang tatsächlich zwangsläufig ist. Allein, so sehr sich diese Frage auch anbot, sie wurde in Recklinghausen nicht gestellt. Sie wurde deshalb nicht gestellt, weil die Diskussionsteilnehmer und Referenten einhellig das Thema des diesjährigen Gesprächs „Einkommenspolitik in der modernen Wirtschaftsordnung“ so interpretierten, daß unter „moderner Wirtschaftsordnung“ die bestehende verstanden wurde.

Geht man davon aus, daß die Institution der „Europäischen Gespräche“ in wissenschaftlichem Rahmen dazu beitragen soll, dem Prozeß der Selbstverständigung der Gewerkschaften zu dienen, dann fragt es sich, ob die Gewerkschaften bereits nicht mehr imstande sind, sich anders zu verstehen als im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung. Das Grundsatzprogramm des DGB zumindest geht von anderen Vorstellungen aus.

Oder klammert der wissenschaftliche Anspruch der „Gespräche“ eine das bestehende System transzendierende Fragestellung aus?

Damit reduzierte sich die Frage auf ein wissenschaftsmethodologisches Problem. Hier allerdings stehen sich die Ansichten kontrovers gegenüber. Zwei Diskussionsbeiträge mögen dies verdeutlichen:

Prof. Müller (in seinem Schlußwort): „Wissenschaft kann nur eine Aussage machen über das, was ist.“

Kollege Friedrichs IGM (in der Podiumsdiskussion): „Wenn wir hier über Einkommenspolitik diskutieren, dann hat diese Diskussion immer unter der Frage zu stehen: ‚Einkommenspolitik für wen und wozu?‘,“

Hierzu ist zu sagen: Die Trennung von wissenschaftlicher Forschung und dem Ziel, dem diese Forschung dient, im Sinne des *Max Weberschen* Postulats nach Wertfreiheit der Wissenschaft, ist in der wissenschaftlichen Diskussion längst nicht mehr unwidersprochen. Aus positivistischen Motiven die Frage nach den Grundzügen einer „modernen“ — das heißt doch wohl einer zeitgemäßen — Wirtschaftsordnung auszuklammern, erscheint damit zumindest recht zweifelhaft. Eliminiere ich aber dennoch die Frage nach den Zielen aus der wissenschaftlichen Diskussion, so stellt sich das Problem, welche der vorgegebenen Ziele und vor allem wessen Ziele übernehme ich?

An dieser Stelle hätte die selbstkritische Diskussion innerhalb der Gewerkschaften einzusetzen. Dem XIII. Europäischen Gespräch fehlte selbst der Versuch zu einer solchen Reflexion seiner Voraussetzungen. Statt dessen legte man den Begriff der „modernen Wirtschaftsordnung“ ausschließlich im Sinne des bestehenden Systems aus und akzeptierte somit rückhaltlos *d i e* Wirtschaftsordnung, die präformiert ist durch die ideologische Konzeption der sozialen Gegenseite.

Übernimmt man das System, so übernimmt man auch seine Gesetzmäßigkeiten. Der Kreis schließt sich. Der Zwang erweist sich als zwangsläufig. Eine von den Gewerkschaften geforderte „aktive Lohnpolitik“ wird zur *reaktiven* — wie jegliches Handeln reaktiv wird; nämlich immer in Reaktion auf das, was das System zuläßt.

Das XIII. Europäische Gespräch spiegelte schon formal in drastischer Weise das Verhalten der Gewerkschaft in nur noch reaktivem Verhalten wider. Beide Grundsatzreferate wurden von Vertretern des herrschenden Konzepts der Nationalökonomie vorgetragen; der gewerkschaftliche Standpunkt war damit nur noch reaktiv darzustellen.

Helmut Körte, stud. disc. pol., Sozialwissenschaften, Universität Göttingen,

Günter Amendt, Student der Soziologie, Universität Frankfurt

(beide als Stipendiaten der Stiftung Mitbestimmung Teilnehmer am Europäischen Gespräch 1964).